

Stellungnahme der FDP zum Haushaltsplan 2016

Ratsherr Prof. Dr. Niewiarra

Lieber Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen (über die Parteigrenzen hinweg)!

Der Bürgermeister hat das Bild von den galoppierenden Pferden als Aufruf und Metapher für ein gemeinsames Vorgehen in die von der Verwaltung vorgegebene Haushaltsrichtung dargestellt. Wie schön und wie mehrdeutig. Ein Bild sagt mehr als tausend Worte und wir alle kennen diese Aussagen. Bilder sind aussagefähig, aber auch interpretationsbedürftig.

Dieses Bild im Zusammenhang mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf ist geradezu eine Steilvorlage dafür. So gibt es von meiner Seite dazu zunächst zwei Bemerkungen:

1. Von Lorient: Ja wo laufen sie denn hin? Sie werden sich doch wohl nicht verlaufen!?
2. Bei kaum einem Hindernisrennen – und wir haben jetzt hier kein Flachrennen, sondern ein Hindernisrennen – kommen alle heil ans Ziel. Knochenbrüche von Reiter und Pferd sind die Regel; heil bleiben nur die, die stehen bleiben vor den Hindernissen.

Bevor ich zum Haushalt und seinen Ansätzen und Zielen kommen muss ich der Realität willen noch eine weitere Vorbemerkung machen:

Nie war es für die Verwaltung schwieriger, eine Haushaltsprognose zu erstellen, und für den Rat, darüber zu entscheiden. Eine Beurteilung muss fairerweise alle zusätzlichen Beschwernisse, die von der Verwaltung gemeistert wurden und im erhöhten Maße noch gemeistert werden müssen, in Betracht ziehen, darf andererseits aber nicht plakativ alles dem außerordentlichen Zustand des Flüchtlingsproblem unterordnen. Der beliebte Hinweis, dass eine außerordentliche Situation auch außerordentliche Maßnahmen rechtfertigt, zieht hier nicht. Wir haben es mit einer längerfristigen Ausnahmelage zu tun; auch und gerade in solchen Zeiten, die vorübergehen, bleibt eine solide Haushaltspolitik oberster Maßstab. Insoweit muss die Verwaltung unterstützt und begleitet werden.

Soviel zur Einstimmung auf das, was folgt. Was folgt, das wird nicht mehr ganz so freundlich sein. Und das kann keinesfalls eine Zustimmung zum vorgelegten Haushaltsentwurf 2016 sein, weil dieser deutlich eine falsche Richtung einschlägt und – um im Bild zu bleiben – eine Beschädigung von Reiter und Pferd in Kauf nimmt.

Die falsche Richtung ist leicht ausgemacht und kann bloß als Abwärtsspirale bezeichnet werden, die besorgniserregend ist. Das alles ohne das Flüchtlingsproblem, das ich noch gesondert ansprechen werde. Zunächst ist auf das alte und ungelöste Problem hinzuweisen, dass nicht die Einnahmeseite die Schräglage des Haushalts bewirkt, sondern die Ausgabenseite. Obwohl wir seit Jahren steigende Einnahmen durch Steuern und Abgaben verzeichnen, hat diese Tatsache nicht zu einer Anpassung der Ausgaben geführt. Man könnte fast meinen, dass die Verbesserung der einen Seite die Erhöhung der anderen Seite zwangsläufig mit sich bringt.

Das leicht von den Lippen gehende Argument der Transferaufwendungen erklärt dieses Phänomen nur unzureichend. Es sind die Ausgaben vor Ort, die zu der Schiefelage des Haushalts führen. Man muss sich nur das mühsam abgerungene Einsparpotential von

430.000,00 EUR (oder 0,75 % der Gesamtaufwendungen von 57,2 Mio. EUR) vor Augen führen, um den Einsparwillen der Verwaltung, aber auch des Rates zu demonstrieren und zu dokumentieren.

Um von vornherein das Argument abzuschneiden, es sei dieses Potential in der Haushalts-AG erarbeitet worden, muss nochmals gesagt und betont werden, dass diese Arbeitsgemeinschaft keine Entscheidungsbefugnisse hat und nur die Verwaltung und der Rat Entscheidungshoheit über Inhalt und Form des Haushaltes haben. Dagegen tut man sich etwas leichter mit der Erhöhung der Realsteuern und zwar immer mit dem gleichen Argument der Verhinderung der Haushaltssicherung. Und trotz der vorgeschlagenen Steuererhöhung ist das strukturelle Defizit im Haushalt nicht beseitigt, sondern die Abwärtsspirale erhält neuen Schwung.

Das Haushaltsdefizit hat sich erneut vergrößert. Es wird wieder Eigenkapital verzehrt und die Liquidität ist derartig angespannt, dass Kassenkredite aufgenommen werden müssen. Wir leben auf Pump; und das nicht das erste Mal. Man kann das nun alles wortreich beklagen mit dem Hinweis auf die Kreisumlage, Flüchtlinge und sonstiges Ungemach, das auf die Stadt zukam, (z.B. die Abgabe für notleidende Gemeinden). Aber es sind nicht diese Aufwendungen, die den Haushalt ins Defizit treiben, sondern das hausgemachte Finanzgebaren. Das lässt sich durch einen Vergleich der früheren Haushalte mit dem vorliegenden leicht feststellen. Zugegebenermaßen sind die Kreisumlage und der Aufwand für die Flüchtlinge ein großer Kostenanteil. Aber mit dem, was uns dann noch zur Verfügung steht, müssen und sollten wir sehr sorgfältig umgehen.

Wir alle hier im Rat – egal in welcher Partei wir sind – und auch der Bürgermeister sind gemäß § 43 Gemeindeordnung verpflichtet, dem Wohl der Stadt zu dienen und so zu handeln. Wir müssen uns fragen und von den Bürgern fragen lassen, ob wir das tun, wenn wir in den Finanz- und Investitionsbereichen, in denen wir selbst entscheiden, Sinn für die Realität und Augenmaß vermissen lassen. Die Stadt leistet sich auch im nächsten Jahr – wenn der Haushalt so, wie er vorliegt, beschlossen wird – ein Wohlfühlumfeld, das rational nicht zu begründen ist.

Wenn es wenigstens eine Kosten-Nutzen-Analyse bezüglich der Finanzierung der sog. weichen Faktoren (Tourismus, Image, Standortfaktoren, städtische Angebote, Gartenschaupark, Umweltpflege, Kultur und Sport) gebe, könnte man darüber rational entscheiden. Dem ist aber nicht so. Fast jede Meinung dazu ist emotional verdreht und wird häufig auch noch mit der Befindlichkeit der Bürgerschaft verknüpft. Ist das wirklich zum Wohle der Stadt? Und muss man denn bei jetzigem und bei vor uns liegendem unübersichtlichem Umfeld schon heute langfristige Investitionen in den Haushalt aufnehmen?

Noch niemand, nicht einmal die hoffentlich gut informierte Kanzlerin, kann verlässlichen Angaben über die finanzielle, ordnungspolitische und integrationsmäßige Entwicklung unseres Landes und der besonders belasteten Kommunen in den nächsten Jahren machen. Das mahnt zur Vorsicht bei mittel- und langfristigen Engagements speziell bei den Kommunen, die am Ende der Finanzierungskette liegen, aber einen großen Anteil an der Bewältigung dieser Probleme zu schultern haben. Die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Land reichen bei weitem nicht aus und man darf sich gar nicht vorstellen, was geschieht, wenn die Steuereinnahmen auf allen Ebenen zurückgehen.

Vor diesem Hintergrund ist es abenteuerlich, schon heute von einer Haushaltsbelastung von zusätzlich 11 Mio. EUR auszugehen und diese auch schon in den Haushalt einzustellen. Zum einen wissen wir nicht andeutungsweise, wie es mit den Flüchtlingen weitergeht. Zum anderen wissen wir nicht, welche Unterstützungszahlungen seitens des Bundes und des Landes wirklich erfolgen. Es wäre wirtschaftlich sinnvoller, die Entwicklung abzuwarten und ggf. einen neuen oder einen Nachtragshaushalt zu beschließen. Es kann überdies nicht akzeptiert werden, dass Bund und Länder Städte und Gemeinden belasten mit Kosten, die vom Bund verursacht sind. Dieser sollte ein tragbares Finanzierungskonzept vorlegen und praktizieren. Willkommenskultur ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Auch sollte seitens der Städte und Gemeinden in NRW bei der Landesregierung angeregt werden, die Kriterien für das Eingreifen des Haushaltssicherungskonzepts temporär zu verändern oder sie temporär auszusetzen. Es sollte in diesem Zusammenhang auch einmal verfassungsrechtlich geprüft werden, ob bei dieser sich abzeichnenden Entwicklung dieses Gesetz, das nicht mehr eingehalten werden kann, nicht gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstößt.

Es fehlt, was ich schon im vorigen Jahr unheilvoll angemahnt habe, eine Prioritätenliste, welche die Erledigung der Pflichtaufgaben zur Daseinsvorsorge vor die der freiwilligen Küraufgaben setzt. In Rietberg kommt immer alles gleichzeitig und ist alles gleich wichtig. Die Erde rennt vorwärts. Nun haben sich die Prioritäten der Verwaltung durch das Flüchtlingsaufkommen zurzeit auf hohem Niveau etwas verschoben. Aber das kann und sollte die Verwaltung, die zur Erstellung eines ausgeglichenen Haushaltes gesetzlich verpflichtet ist, nicht davon abhalten, in den verbliebenen und immer noch von uns bestimmten und verantworteten Bereichen Kostendisziplin walten zu lassen. Davon kann man wahrlich nicht sprechen, wenn man sich die Investitionen (ohne die Sonderinvestitionen von 11 Mio. EUR in den Flüchtlingsbereich) von 14,1 Mio. EUR (gegenüber dem Vorjahr mit 10,7 Mio. EUR, also eine Steigerung von 24,1 %) ansieht. Auch die Kredite steigen von 11 Mio. EUR auf 15,4 Mio. EUR, also eine Steigerung um ca. 28 %.

Dabei gibt es eine sinnvolle bzw. zumindest nachvollziehbare Investition. Sinnvoll ist der Erwerb von Grundstücken insbesondere zur Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen und zum Siedlungsbau. Fraglich ist in dieser schwierigen Zeit die Totalsanierung des Rathauses und des Verwaltungsgebäudes Rügenstraße 1, die man getrost verschieben kann, ohne dass die Attraktivität der Stadt oder die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter leiden. Lassen sie uns nicht durch die Förderung und die schöngerechneten finanziellen Auswirkungen blenden. Wir belasten die Haushalte der Zukunft ohne den erforderlichen Mittelzufluss in den nächsten Jahren zu kennen. Wir sind dann zwar in der Haushaltssicherung, aber wir haben ein schickes Rathaus, in dem der Mangel verwaltet wird.

Warum die Errichtung der Parkplätze an der Martinschule 600.000,00 EUR und mehr kosten muss, erschließt sich mir nicht. Die vorliegende AfA-Rechnung ist bilanziell erforderlich und freut jeden kreativen Bilanzersteller, bringt aber nicht die erforderliche Liquidität zurück. Ein weiteres Vorgehen auf Sicht möchte ich dringend empfehlen.

Ähnliches gilt für Zahlungen zur Erhaltung und Verbesserung der Fußballplätze in Neuenkirchen und Rietberg und das in Zeiten, in denen wir gerade so um die Haushaltssicherung herumkommen, 500.000,00 EUR in zwei Haushaltsjahren dafür aufgewendet werden sollen, stimmt bzgl. des Vorliegens eines dem Zustand der Gemeindefinanzen entsprechenden Sparwillens nachdenklich.

Wenn Sparen schon in größeren Beträgen nicht populär ist, wie soll es dann im täglichen Umgang mit Geld sein. In dieses trübe Bild passt dann auch die mehrheitlich getroffene Entscheidung des Schul- und Sozialausschusses, die zuvor im Haushalt vorgesehenen Kürzungen für Kultur- und Heimatvereine wieder rückgängig zu machen. Hier wird aus einer fast leeren Portokasse geschöpft.

Ich komme zu einigen grundlegenden Überlegungen zum City Outlet. Nachdem der Rat seine grundsätzliche Zustimmung zu weiteren Planungsschritten erklärt hat, schreitet die Realisierung der Idee ohne weitere Ratsbeschlüsse zügig voran. Dabei spielen die Aufwendungen für Gutachten die mindere Rolle, weil diese die Entscheidungsgrundlagen liefern, die der Rat braucht. Allerdings gehen die Vorbereitungsschritte schon ziemlich real weiter, z.B. mit der Planung des Parkhauses (3,4 Mio. EUR) zur Einstellung in zwei Haushaltsjahre, mit dem Ankauf von Grundstücken und dem Zuschuss für die Veränderungen am Riberac-Platz und dem Verkauf der Südtorschule / Ankauf des Herbart-Gebäudes. Letzterer wird unübersichtlich und haushaltstechnisch nicht abgegrenzt aufgeladen mit allerlei gegenseitigen Rechten und Pflichten, die bei ordnungsgemäßer Haushaltsführung getrennt aufgelistet und wirtschaftlich bewertet werden müssten. Mit welchen Investitionen man zu rechnen hat, wenn man noch die auch ohne City Outlet notwendige Umgestaltung der Rathausstraße wegen nicht gesetzeskonformen Zustands mit einrechnet, weiß ich nicht und wurde bisher auch nicht beziffert.

Wieviel die Stadt bei diesem privaten Investment, bei dem kaum Gewerbesteuer anfällt, am Ende wirklich tragen sollte, muss noch entschieden werden. Wir im Rat müssen jedoch darauf achten, dass die Vorbereitungshandlungen ohne Ratsbeschluss nicht so weit vorangetrieben werden, dass wir an einem „point of no return“ ankommen, an dem eine Zustimmung aufgrund der geschaffenen Fakten zwangsläufig erfolgen muss. Die Realisierung des Projekts City Outlet kann nur schrittweise mit einem entsprechenden Ratsbeschluss unter Einbeziehung des privaten Investments verfolgt werden. Ein solcher Beschluss kann nur gefasst werden, wenn das Ausmaß der städtischen Beteiligung seriös eingegrenzt ist und planungsmäßig feststeht, was bisher nach meiner Kenntnis – ich bin nicht in allen Ausschüssen vertreten und der Informationsfluss ist daher aus meiner Sicht nicht immer vollständig gewährleistet – nicht der Fall ist.

Ich könnte hier alle Anwesenden mit weiteren Beispielen versorgen, aber die Ratsmitglieder, an die sich der Haushaltsplanentwurf der Verwaltung in erster Linie richtet, haben den Entwurf selbst gelesen und sich ihr Urteil gebildet. Dann haben sie auch zur Kenntnis genommen, dass unsere Verbindlichkeiten von 4,1 Mio. EUR um 16,4 % steigen; das Eigenkapital demgemäß um rund 2,4 Mio. EUR abnimmt und die liquiden Mittel mit 245.000,00 EUR nahezu gegen Null tendiert. Ich rufe ihnen diese Zahlen deshalb zu, weil die mit dieser Haushaltssituation verbundene Notwendigkeit zur Aufnahme von Kassenkrediten (hier von ca. 6 Mio. EUR) in jeder Gemeinde die letzte Station vor der Haushaltssicherung ist.

Das die Referenzzahl der Pro-Kopf-Verschuldung hier in Rietberg kräftig ansteigt und Rietberg damit in der Rangliste deutlich nach vorn gerückt wird, ist ebenfalls kein schöner Effekt.

Ich könnte sie jetzt mit weiteren Einzelheiten zu dem unausgewogenen Haushalt quälen, aber unter dem Aspekt, dass üblicherweise die Redezeit für die kleine FDP beschränkt ist, nur noch einige kurze Bemerkungen.

Der Kämmerer, der nur noch eine kurze Amtszeit hat, kann uns nicht mit der nötigen Planungssicherheit sagen, wie sich die wirtschaftliche Situation in der Stadt entwickeln wird. Es liegen zwar Voraussagen vor, aber

Vor diesem Hintergrund sind alle Investitionen, die schon heute Finanzmittel binden, nochmals einer Überprüfung zu unterziehen. Notfalls könnte man nach einer entsprechenden Überprüfung und Anpassung (d.h. Einsparungen) den Haushalt auch in den ersten drei Monaten des Folgejahres beschließen. Wenn schon die Bundeskanzlerin sich bei der Haushaltsführung an der Sparsamkeit der schwäbischen Hausfrau orientiert, sollte dies auch für eine westfälische Kommune gelten. Ich muss daher noch einmal auf die Finanzierung der sog. weichen Faktoren verweisen und auf die Planung des zurzeit von der FDP nicht abgelehnten City Outlets, das einschließlich des Parkhauses ein privates Investment ist, zu dem die Stadt nur das Allernötigste beisteuern sollte.

Ich frage sie: Wann, wenn nicht jetzt wollen wir denn mit der Beseitigung des strukturellen Haushaltsdefizits beginnen? Und die kann keineswegs mit der Erhöhung der Realsteuern ihren alleinigen Anfang nehmen, sondern nur mit der gleichzeitigen Umsetzung von Einsparungen. Ein unschöner Nebeneffekt einer Anhebung der Grundsteuer B wäre im Übrigen nicht nur die Belastung der Eigentümer, sondern würde auch zu Mieterhöhungen führen, da die Grundsteuer auf die Mieter umgelegt werden kann. Neben der drastischen Erhöhung der Grunderwerbssteuer führt diese Kombination auch dazu, potentielle Neubürger von ihrem Vorhaben abzubringen, sich in Rietberg niederzulassen. Einsparungen kann man finden bei der Freizeitgestaltung (Freibad), den gemeindlichen Aufwendungen für Blumenschmuck und Grünflächenpflege, dem Kulturangebot einschließlich der Förderung von Vereinen und schlussendlich auch im Personalbereich der Verwaltung und bei den geplanten Investitionen. Dazu bedarf es aber eines rigorosen Wechsels im Konsumverhalten der Stadt.

Um überhaupt zu einer fruchtbaren Diskussion über Einsparungen zu kommen gäbe es das probate Mittel einer linearen Kürzung aller Ausgaben, da erkennbar die Einzelbetrachtung von Aufwendungen und Kosten durch den Rat nicht zum Erfolg führt. Aber darüber zu diskutieren, ist heute weder Zeit und Gelegenheit.

Die Diskussion zwischen Bürgermeister, Verwaltung und Rat über Einsparpotentiale läuft verkehrt. Die Verantwortlichkeiten werden auf den Kopf gestellt. Nicht der Rat hat die Aufgabe, der Verwaltung Einsparpotentiale aufzuzeigen, sondern es ist die gesetzliche Verpflichtung der Verwaltung zu sparsamer Haushaltsführung und jederzeitiger Prüfung auf Einsparpotentiale. Diese Aufgabe würde die Verwaltung verstärkt beim Vorliegen linearer Kürzungsbeschlüsse nachkommen können.

Ausgewogen ist ein Haushalt dann, wenn sich Einnahmen und Ausgaben aufheben. Das darf aber nicht mit dem Prinzip der kommunizierenden Röhren verwechselt werden, bei dem die Zuführung von Wasser in eine Röhre zu Wasseranhebungen in beiden Röhren führt. Dies ist der völlig falsche Weg. Der richtige Weg, auf den wir und die galoppierende Herde sich machen müssen, ist es, die Einnahmen pfleglich zu behandeln und die Ausgaben sinnvoll zu beschränken. Das geht aber nur dann, wenn sich der Haushaltsnebel lichtet, und wir gemeinsam feststellen, wohin die Reise geht.

Also, wo laufen sie denn nun hin, die Rietberger Pferde? Und wenn sie nicht durchgehen, können sie immer noch angehalten werden und umkehren oder eine andere Richtung nehmen.

Bevor ich schließe, bedanke ich mich für die Ausführungen der anderen Fraktionen zum Rietberger Haushaltsgebaren. So viel Schönes habe ich dazu selten gehört.

Die FDP lehnt den Haushalt 2016 aus den dargelegten Gründen ab und empfiehlt dies auch den anderen Fraktionen.

(Niederschrift anhand der Sitzungsaufzeichnung vom 17.12.2015)